

größter Wohlstand und entsprechen heute genau so wie damals den Erfordernissen der revolutionären Bewegung. Es handelt sich vielmehr um eine ideale Wendung in der praktischen Arbeit; darum, die Schere zwischen den Erfüllungen und ihrer Durchführung zu schließen.

Gen. Thälmann übt in diesem Zusammenhang erste Kritik an der mangelhaften Art, wie bisher die Geschäftigkeit des Gesamtplenums des ZK von der gesamten Partei in die Tat umgesetzt wurden. Diesem Zustand muss, wenn die Partei ihren dauernden wachsenden Anforderungen und Aufgaben entsprechen will, unverzüglich ein Ende bereitet werden.

Bei unserem Kampf gegen den imperialistischen Krieg müssen neben der Verteidigung der Sowjetunion vor allem jene Fragen in den Vordergrund gerückt werden, in denen der imperialistische Krieg unmittelbar die bauenden Arbeiter und Werktätigen betrifft. In diesem Sinne muss noch die Kampagne zum 1. August, dem internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg, geführt werden.

Auf dem Februarplenum des ZK wurde die Rolle der revolutionären Einheitsfrontpolitik als das entscheidende Kettenglied der proletarischen Politik festgestellt. Die Partei hat in den letzten Wochen gemeinsam mit der KGD wichtige Schritte eingeschlagen, um auf dem Gebiete der mutigen und überzeugenden Einheitsfrontpolitik zu neuen Methoden überzugehen und neue Erfolge zu erzielen.

Gen. Thälmann entwidete jedoch die Notwendigkeit, durch eine gewaltsame Massenkampagne unter der Führung „Antifaschistischer Union“ eine Bewegung der kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus heranzutragen. Diese hohe Aktivität ist um so dringlicher, als die SPD-Führung gegenwärtig mit der Parole, die Nazis „herauszuholen“, ihre bisherige verbrecherische Politik noch übertrumpfen und damit die Rolle der SPD und des ADGB als soziale Hauptkämpfer der Bourgeoisie erneut befunden.

Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zum revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus ist zu einer zweiten Notwendigkeit geworden, um dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsteilnahme zu versperren. Diese antifaschistische Einheitsfront, die alle Formen des Kampfes bis zum politischen Massenkampf entwölft, muss und die immer stärker auch von Teilen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft gefordert wird, ist von dem Kampf gegen die Kapitalsozialisten und für die proletarischen Forderungen im Betrieb und auf der Stempelstelle sowie für die Interessen der übrigen werktätigen Schichten auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zu trennen. Die Partei und KGD müssen lernen, immer und überall an die Tagesnöte und Bedürfnisse der Arbeiter und Werktätigen anzupassen.

Wie schon das Februarplenum des ZK in gründlicher, klarer Weise aufzeigt, muss die Partei ihre Arbeit zur Auslösung und Führung von Massenkämpfen und Massenaktionen auf allen Gebieten verstärken. Das beginnt die Überwindung aller Schwächen und Hemmungen in der Einheitsfrontpolitik und am Ende innergewerkschaftlichen Kontrats, die größtmögliche Verbesserung der KGD-Arbeit und der Arbeit der roten Verbände, die wirkliche Konzentration auf die Betriebe und die entschlossene Verbesserung der Erwerbslosenarbeit sowie die Arbeit unter den armen Bauern und Landarbeitern.

Alle diese Aufgaben der revolutionären Massenarbeit stehen in engerster Verbindung mit den Problemen des inneren Parteilebens. Der große Prozess neuer Parteimitglieder auf Grund des mächtigen Wachstums der Partei im letzten Jahr macht die ideologische Differenz im Dienst der inneren Leitung der Partei und der bauerngewerkschaftlichen Erziehung der Parteiführer zu einer entscheidenden Frage. Das ist auch eine Voraussetzung für die Überwindung der Ablösung. Auch auf diesem Gebiet bestehen große Schwächen, die überwunden werden müssen. Im Zusammenhang damit muss auch die Parteiführung die Parteiarbeit von allen Hemmungen des Scheinatismus und Bürokratismus befreien und sich von dem Scheincharakter der wachsenden Minoritäten an die Partei auch bei der Verteilung der Kräfte auf den verschiedenen Arbeitsgebieten der zentralen Arbeit leiten lassen.

Dem Referat schloss sich eine Diskussion an, die ebenso wie die Schlussansprache die völlige Einmütigkeit und Geschlossenheit des Zentralkomitees in allen Fragen ergab. Die reine Einheit besteht sowohl die Entscheidungen in allen Fragen der Politik und Taktik der Partei auf den verschiedenen Gebieten, in allen Fragen der revolutionären Massenarbeit, wie auch die Maßnahmen, die das Zentralkomitee in der Frage der Disposition der Parteistruktur, in organisatorischer Hinsicht und auf Erhaltung der bauerngewerkschaftlichen Disziplin der Partei befiehlt.

So ist die Plenartagung des Zentralkomitees ein Auftakt für die entschlossene und aktive Mobilisierung aller Kräfte der Partei, um angehendes der verschärften Klassensituation, der drohenden imperialistischen Kriegsgefahr, der wachsenden sozialistischen Bedrohung des deutschen Proletariats und der neuen Ankläge der Notverordnungsoffiziatur mit mächtiger Kraft den revolutionären Massenkampf zur Einstellung zu bringen und einen neuen roten Vormarsch zu erzielen.

Thüringer Volksblatt wieder beschlagnahmt

Erlaut. 28. Mai (Eig. Meldung). Das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ wurde heute erneut beschlagnahmt. Als Grund wurde die Veröffentlichung des Aufrufs des ZK der KPD über die Antifaschistische Union angegeben.

Pflichtarbeit durch Streif abgeschafft

Der geschlossene Kampf der Pflichtarbeiter in Sachsen gegen die Durchführung der Pflichtarbeit hatte den Erfolg, daß der Magistrat die Einstellung der Pflichtarbeit anordnete mußte.

In immer mehr Orten des Reiches beginnen die Pflichtarbeiter die neuen „Spar“maßnahmen, die auf ihrem Rücken durchgeführt werden sollen, mit dem Streif.

Im Landkreis Hanau, zu dem 31 Orte gehören, sind am 24. Mai die Pflichtarbeiter in 26 Orten in den Streif gegen die Durchführung der allgemeinen Pflichtarbeit getreten. Der Anschlag der übrigen acht Orte an die Kampffront ist bestimmt zu erwarten. Eine Waffenmobilmachung aller Wohlfahrtsverbänden durch die KPD und KGD ging dem Streif voraus. Einheitsfront-Erwerbslosenausküsse wurden in allen Orten gewählt, auf einer Kreisversammlung erfolgte die Zusammensetzung aller Erwerbslosen, die die Ablehnung der Pflichtarbeit beschlossen.

In Schleswig lieben die Wohlfahrtsarbeiter seit dem 20. Mai geschlossen im Kampf gegen die Auszehrung der Wohlfahrtsstrukturen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verzögerten, sich zum Zweck

Eine alarmierende Rede Stegerwalds

Sozialversicherung und Tarifverträge sollen beseitigt werden

Siegerwald will faschistischen Ständestaat zur Einführung schärfster Sozialreaktion

Berlin, 28. Mai (Eig. Drucker.)

Bei Reaktionsschluß wird eine alarmierende Rede Siegerwalds bekannt, die hier auf der Tagung der deutschen wirtschaftspolitischen Gemeinschaft hielt. Siegerwald erklärte:

„Die deutsche Wirtschaft steht auf dem Stand von 1910. Die Sozialversicherung muss in verschiedenen Zweigen noch weiter abgebaut werden. Man muss vom Tarifvertrag weg zu früheren Tarifgemeinschaften. Der freiwillige Arbeitsdienst muss erweitert werden.“

Schließlich machte Siegerwald konkrete Vorschläge zum Aufbau eines „Ständestaates“ nach faschistischem Muster. Er kündigte seine Idee, die ungeheurende Angriffe auf die deutsche Arbeiterschaft an, mit den Worten:

„Das Jahr 1932 ist ein Entscheidungsjahr allerersten Ranges.“

Die entsetzliche Rede des Arbeitsministers der Brüningsregierung erhält gewissermaßen ihren Komplementar in einer gegenwärtig verdeckten Form des Reichsministerialbeschlusses für soziale Angelegenheiten, in der Ministerialdirektor Grieser im Auftrage der Reichsregierung über die Zone in der Sozialversicherung sprach. Aus seiner Rede ging hervor, daß bis Ende der gesamten Sozialversicherung trostlos sei und entsetzliche Misshandlungen getrieben werden müssten.

Wir kommen auf die Angelegenheit zurück, da es sich hier

um entscheidende Maßnahmen der faschistischen Bourgeoisie gegen die werktätigen Schichten handelt.

GU-Mann beim Bombenbretter fallen in die Luft geslogen

Werdau. Mit allen Mitteln rütteln die Faschisten an. Kämpfen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Doch sie haben auch die Methoden des Terrorismus anwendet, zeigt folgendes Vorfall:

Am Dienstag ereignete sich in der Wohnung des 21. Mannes Trentmann ein schweres Explosionsunfall, bei dem Trentmann sehr schwer verletzt wurde. Die Feuerwehr rückte aus, gab an, daß dieser GU-Mann eine Bombe hergestellt vermeinte, indem er eine Blechbüchse mit einer großen Anzahl Plastikpatronen, Kaliber 7,63 Millimeter, und mit Sprengzündern bestückte. Bei der Explosion wurde Er. im Gesicht sehr schwer verletzt, außerdem wurde ihm die rechte Hand vollständig abgeschnitten.

Arbeiter! Verstärkt den Kampf gegen die faschistische Unternehmensordnung! Bildet die rote Einheitsfront gegen Faschismus, Hunger und Krieg!

Brünings Pater Muckermann proklamiert

Krieg gegen Moskau

Der Rattenpater als Agent Deterdings, der Rüstungswelt und der Weißgardisten wirbt für Hitlers „Drittes Reich“

Der Rattenpater Muckermann meldet sich wieder zum Werk. Diesem Agenten Brünings und der KPD, der unter anderem aus das Märchen vertrieben ist, in der Sowjetunion läuft die Wollt die Arbeit durch Ratten zu Ende treiben, macht es durchaus nichts aus, daß er bereits buchstäblich der Fuge überführt wurde. So nicht dieser kapellose Fanatik verbrummt, um so lieber verwendete ihn seine Auftraggeber. So konnte Herr Muckermann dieser Tage auf der Berliner „Arbeitsausstellung europäischer Jugend“ erläutern (nach dem Bericht der Telegraphenagentur):

„Zwischen Rom und Moskau sei Krieg auf Leben und Tod, und dieser Kriegszustand sei tragische Notwendigkeit. Das Zeichen des Faschismus sei, daß er Weltrevolution machen will, und nicht nur mit Geld, sondern vor allem mit Menschen arbeite, die den Antagonist in sich haben. Und wie führt nun die Kirche dagegen den Kampf? Sie fordert eine lebendige Gerechtigkeit in der menschlichen Gemeinschaft. Das kommende Weltkriegsziel wird die beruhischlandisch geplante Ordnung sein. Muckermann schloß mit dem Wunsch, daß Kirche und weltmäßiges und politisches Leben einander sich wieder vertragen mögen.“

Herr Muckermann erklärt, daß Kirche auf Leben und Tod gegen Moskau kämpfe. Nun, so ist es ja in der guten Geiste der Königsberger Deterding, der japanischen Nordgenerale, der weissgardistischen Ledermann und der deutschen Rüstungs-

welt, deren Sache die Kirche zu ihrer eigenen macht. Denn so um Profit gekämpft wird, darf die Kirche nicht fehlen.

Aber man beachte, wie Muckermann die Brüder zu den Katenkreuzlern lädt. Wie sie vom „Untermenschen“ sprechen, nennt er „Antagonist“. Und was die Fortdauer nach der Ausklimmerung des faschistischen Kapitalismus, nach der „beruhischlandisch geplante Ordnung“ betrifft, so ist sie mit dem beruhiglichen Programm Hitlers völlig identisch.

Wenn Herr Muckermann tatsächlich im Auftrag Brünings, des Heroldes der KPD, um das gegenwärtige Verhältnis von Kirche und politischen Parteien mache, so wird in dieser Situation sehr verstecken, was gemeint ist. Gemeint ist die Realität jenseits Zentrum und Katenkreuzlern, die beide heute schon auf jedenfalls auf ein und demselben Boden lebten, dem Gelände des unantastbaren Gemeinsels gegen das Reich der Arbeiter und Bauern.

Doch die Muckermann und Hitler sich nur nicht verrechnen! Wenn sie Gott im Blinde und Deinen im Portemonnaie haben, wenn sie von geistigen Gütern sprechen, aber die lebe weltliche Ehre der sozialistischen Großbetriebe, Rüstungswelt und Teilnehmer der Sowjetunion meinen – nun, man wird sie auf die äußersten Finger haften. Und die deutschen Arbeiter werden sich zur besonderen Ehre anstrengen, dabei zu sein, wenn die Männer mit und ohne Taten das bekommen, was ihnen gebührt.

Japans Generalstab in Charbin

67 Sabotageure in der Mandchurie eingetroffen. Der Richtangriffspakt wird von der Konzentrationsregierung abgelehnt. Giebervästke Kriegserklärung in Europa

Charbin, 27. Mai 1932.

Mit einem Sonderzug ist gestern das Hauptquartier der japanischen Armee in der Mandchurie, bestehend aus 67 Generalstabsoffizieren, aus Mukden in Charbin eingetroffen.

Die neue faschistische Konzentrationsregierung hat jetzt ein Kommuniqué herausgegeben, worin mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, daß der politische Kurs Japans in keiner Weise geändert werden soll. Politische Kreise in Tokio erklären mit aller Bestimmtheit, daß die Regierung den Vorschlag der Sowjetregierung auf Abschluß eines „Richtangriffspaktes“ ablehnen werde. Diese Meinung wird auch von denburger Politikern darüber hinaus kommentiert, daß damit eine weitere Spannung der Fuge eintrete, da die ablehnende Haltung der neuen Regierung mehr als eine Demonstration zur verdeckten Fortführung des bisherigen Kurses der japanischen Politik bedeute. Die Tatsache, daß man die Schließung eines Richtangriffspaktes auf ja-

panischer Seite für unmöglich halte, beweise, daß mit einer Entspannung der Fuge nicht gerechnet werden kann.

Hochkonjunktur der Kriegsindustrie

Stockholm, 28. Mai 1932

Ein großer Teil der Waffen- u. Munitionsfabriken in Schweden arbeiten seit einiger Zeit fieberhaft, um die großen Versorgungen schnellstmöglich erledigen zu können. Die Metallarbeiter in Västern haben Tag und Nacht gearbeitet, um eine Bestellung von 900000 Säuber für Granaten herzustellen. Die 200000 Gewehre in Stockholm haben eine ähnliche Bestellung von 100000 Granatdudern erhalten, die in kurzer Frist geliefert werden sollen. Das es mit dieser Belebung gilt, beweist die Tatsache, daß eine zweite Säule eingeschoben wurde, so daß die Fabrik die zweite Bestellung Tag und Nacht gearbeitet hat.

Oslo, 28. Mai 1932

Die großen chemischen Werke Norrs Norde, in Rjukan, die in der letzten Zeit den Betrieb zum Teil eingestellt hatten, sind in den letzten Wochen große Bestellungen erhalten, so daß die bisherige Arbeiterchaft wieder voll beschäftigt werden kann. Es handelt sich bei diesen Bestellungen um die Herstellung von verschiedenen Produkten, die nur zu Kriegszwecken verwendet werden. Diese Bestellungen sind sowohl in- wie ausländischer Natur.

Rüstmanöver in Frankreich

Wie bekannt geworden ist, bereitet der Generalstab für Just eine ganze Serie von Scheinangriffen vor, an denen auch die Bevölkerung aktiv teilnehmen soll. So ist am 2. Juni ein Angriff auf Le Havre angelegt. Das 20. Infanterieregiment ist bereits zu Nachübungen ausgerückt. Alles ist für den Angriff an dem Tag auch Waffenlager geöffnet, die in Orte und Oberhauptorten sind, beteiligen werden, vorbereitet. Belebung einiger telefonischer Verbindungen, Verständigung mit den Elektrizitätswerken über Ausschaltung des Lichtstroms usw. Von 22. bis 25. Juni werden die gleichen Manöver an der Küste der Normandie stattfinden. Die Angriffe werden bei Nächten beginnen, dann auf Boulogne, Le Havre und Toulon schließen.

Aus der ganzen Art der Vorbereitungen geht eindeutig hervor, daß es sich um Übungen für den Ernstfall, d. h. für den Krieg gegen die Sowjetunion handelt. Die Arbeiterchaft wird in verstärktem Maße auf dem Boden seines Heimatlandes das Handwerk zu legen.

Auflösung der Notverordnungen!

Berlin, 25. Mai.

Am Dienstag wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages die Notverordnungen abgelehnt. Gegen die Auflösung kündigten alle Gründungsparteien einschließlich der SPÖ. Mit dieser Abstimmung hat die SPÖ zugleich den Weg freigemacht für die gesuchte neue Notverordnung mit dem ungeheurenden Abbau aller sozialen Unterstützungsleistungen und den gewaltig gestiegerten Pfalleinzügen.